

c/ Fr. Dr. Jürgensen 10.5.94

ABSCHLUSSBERICHT REGIONALISIERUNGSPROJEKT
SCHNELSEN (BIP), LAUFZEIT 1/86 - 12/87

<u>INHALTSANGABE</u>	<u>SEITE</u>
0. Vorbemerkungen	
1. Das Projekt als Praxisfeld zur Erprobung gemeinwesentorientierter Arbeit bei Re- gionalisierungsvorhaben	1
1.1. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit (GWA) in der normalisierenden Behinder- tenhilfe	1
1.2. Die wissenschaftliche Fragestellung des Projekts	2
1.3. Vorläufige Kriterien für den Erfolg der Projektarbeit	3
2. Das Projekt als Katalysator für den Nor- malisierungsprozeß im Stadtteil	5
3. Das Projekt als Verbindungsglied zwischen Stadtteil und Wohnhaus	10
4. Das Projekt als Widerspruch zu patholo- gischen Organisationsstrukturen	14
5. Das Projekt als Bestandteil des Normali- sierungsprozesses in den Bereichen Jugend- hilfe, Schule und Weiterbildung	18
6. Das Projekt als Grundlage für weitere Re- gionalisierungsvorhaben	23
7. Literaturhinweise	
8. Materialien zur Projektarbeit. Anhang 1 - 12	

O. Vorbemerkungen

Der Abschluß des zweijährigen Projekts zur Vorbereitung des Regionalisierungsvorhabens in Hamburg-Schnelsen ist leicht mißzuverstehen als Ausdruck "getaner Arbeit". Der vorliegende Abschlußbericht ist demgegenüber voll von Hinweisen darauf, daß auf den verschiedenen Handlungsebenen die Arbeit kaum als abgeschlossen, eher als gerade erst begonnen zu bezeichnen ist.

Die Anlage des Projekts, seine Zuordnung und inhaltliche Ausrichtung, die keine Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen dem Heimbereich und der Projektleitung begründete, sondern viel Freiwilligkeit, Vertrauensvorschuß in die Sinnhaftigkeit des Handelns des jeweils anderen Bereichs erforderte, fördert in der Konsequenz auch ganz spezifische Ergebnisse zutage.

Hauptthemen des vorliegenden Berichts sind nicht die einzelnen Aktivitäten der Projektarbeit. Hierzu wird auf die Handreichung "Schnelsen von A - Z" und auf den 2. Zwischenbericht verwiesen. Vielmehr soll der Stellenwert einer solchen Arbeit für ausgewählte Bereiche dokumentiert werden, die von Normalisierungs- und Regionalisierungsvorhaben berührt werden.

Der Bericht umfaßt außerdem einen Anlagen-Teil, der sowohl dem besseren Verständnis einiger Aussagen dienen als auch bestimmte Materialien für die Weiterarbeit sichern soll.

1. Das Projekt als Praxisfeld zur Erprobung gemeinwesenorientierter Arbeit bei Regionalisierungsvorhaben

1.1. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit (GWA) in der normalisierenden Behindertenhilfe

Mit BIP^{*)} wurde unter anderen Vorzeichen und in einem anderen Stadtteil praktisch weiterentwickelt, was in Mümmelmannsberg mit F.I.P.S. 2 Jahre zuvor begonnen hatte: GWA als problemorientierte Stadtteilarbeit in der Behindertenhilfe einzusetzen. Während bei F.I.P.S. historisch die Prävention, also die Verhinderung von Aussonderung war und ist, hatte BIP die Aufgabe, Möglichkeiten im Stadtteil Schnelsen zu untersuchen und zu schaffen, um die Beheimatung, bzw. die (Wieder-)Aufnahme geistig behinderter Erwachsener vorzubereiten.

Diese Vorbereitungsarbeit umfaßt konzeptionell (Anlage 1) bereits alle 3 spezifischen Arbeitsformen kategorialer, funktionaler und territorialer GWA (vgl. Boulet, Krauss, Oelschlägel 1980), durch die der "integrierte Zugriff" auf einen Stadtteil als sozial-räumliche Größe organisiert werden soll.

Das Arbeitsprinzip GWA ist ein allgemeiner Grundsatz sozialer Arbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Erst die Arbeit mit dem Prinzip kann seine Richtigkeit beweisen, es überprüfen, reformieren und weiter entfalten.

Gemeinwesen wird im allgemeinen Sprachgebrauch ähnlich dem soziologischen Begriff des Quartiers als territoriale Einheit, bzw. "ein räumliches, städtisches Gebilde mit bestimmbareren historischen, strukturellen und räumlichen Merkmalen und Qualitäten..." (Oelschlägel, a.a.O., S. 153) verstanden.

GWA in der Behindertenhilfe hat das allgemeine Ziel, die Entfremdung zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen ausgehend von der Ebene des Gemeinwesens tendenziell aufzuheben und so zu überwinden, daß kein "Integrationszwang" entsteht.

*) Behinderten-Integrations-Projekt (Arbeitstitel, "erfunden" von der Stadtteilkonferenz Schnelsen.

GWA ist in diesem Sinne nicht einfach die "Einbeziehung der Umwelt" oder "gemeindenahen Hilfen", sondern stellt im Sinne der Zielvorstellung gewohnte Sichtweisen in Frage, arbeitet über Multiplikatoren oder direkt an den Beziehungen zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen, versucht die Überwindung des "institutionellen Blicks" innerhalb und außerhalb der Behindertenhilfe.

Die Betonung der kommunalen Ebene soll keineswegs die tendenzielle Erfolglosigkeit staatlicher Politik und der Verbände im Behindertenbereich vernebeln: sozialpolitisch sehen die Schwächsten wie eh und je nur den Zipfel der Wurst gesellschaftlichen Reichtums, und von Behindertenverbänden werden Normalisierungsbemühungen nach wie vor durch mitleidsheischende PR-Maßnahmen "für die Behinderten" konterkariert. GWA stellt auf die verbesserte Politikfähigkeit (bestehend aus Bündnis- und Konfliktfähigkeit) (Offe 1971, S. 167 ff.) der einem Gemeinwesen zugehörigen Gruppen ab, auch und vor allem seiner sog. Randgruppen.

1.2. Die sozialwissenschaftliche Fragestellung des Projekts

Die Fragestellung richtete sich generell auf die Eignung von GWA für das Regionalisierungsvorhaben in Schnelsen und zukünftige Vorhaben dieser Art. Sie blieb trotz des soziologischen Erkenntnisinteresses vorrangig gebunden an das soziale Problem, das als Entfremdung zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen definiert wurde. Die Zielvorstellung, diese Entfremdung tendenziell aufzuheben, ist eine langfristige und sprengt die Ebene des Gemeinwesens, sie kann aber ohne die Einbeziehung des Gemeinwesens als Teil der Lebenswelt überhaupt nicht verfolgt werden.

Um festzustellen, ob sich auf dieser Ebene etwas verändert, das dazu berechtigt, vom Erreichen eines Teilziels zu sprechen, müßte es Kriterien geben, anhand derer der Erfolg der Arbeit "meßbar" wird. Allgemeingültige Kriterien für den Erfolg von GWA in der Behindertenhilfe gibt es jedoch nicht.

1.3. Vorläufige Kriterien für den Erfolg der Projektarbeit

Für die GWA in Schnelsen werden daher folgende Kriterien nach Einbeziehung von Rückmeldungen aus dem Stadtteil und dem Mönckemeyer-Haus gesetzt, anhand derer Erfolg und/oder Mißerfolg zu messen sind:

Teilbereich "Stadtteil"

- ausbleibende Proteste gegen die Errichtung des Wohnhauses, hoher Bekanntheitsgrad des Projekts, offene Auseinandersetzung mit (antizipierten) Problemen "mit den Behinderten";
- wachsendes Interesse bestimmter Gruppen und Einzelpersonen, in nähere Interaktion mit Bewohner/innen zu treten;
- selbstverständliche Einbeziehung des Wohnhauses bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen im Stadtteil durch die Organisatoren;
- zunehmendes Problembewußtsein für die Lebenssituation behinderter Menschen und ihrer Familien bei sozial Tätigen im Stadtteil; erste Schritte zur besseren Koordination und Vernetzung der sozialen Dienstleistungen;
- kommunalpolitische Entscheidungen, die die soziale Integration der behinderten "Neubürger" befördern helfen.

Teilbereich "Mönckemeyer-Haus"

- ausbleibende "Sogwirkung" des Hauses, tendenzielle Offenheit für die Welt "draußen";
- Lockerung zwanghafter Bindungen an die Zentrale, zwanglose Annahme von Einladungen, die aus dem Stadtteil kommen;
- Interesse an den Problemen des Stadtteils, das über den Tellerrand der Behindertenhilfe hinausweist;
- regelmäßige Teilnahme an Stadtteil-Koordinationsgruppen, Engagement einzelner Mitarbeiter und Bewohner in BIs, Vereinen etc.

Gemessen an diesen Kriterien ist der Zugriff auf den Teilbereich Stadtteil befriedigend gelungen, auf die Vorläufigkeit dieses Ergebnisses wird ausdrücklich hingewiesen.

Im Mönckemeyer-Haus würde man dieser Bewertung der Projektarbeit ohne Schwierigkeiten zustimmen können. Differenzierter würde das Urteil in Bezug auf den eigenen Beitrag ausfallen müssen. Die Verantwortung für die GWA wird z. Z. hauptsächlich dem Heimleiter überlassen, der nach Beendigung der Projektzeit allerdings dringend "Verstärkung" aus dem Mitarbeiterkreis braucht. Insgesamt haben die Präsenz und die Anstöße der Projektarbeit jedoch auch bezogen auf das Mönckemeyer-Haus dazu beigetragen, daß sich nicht alle Mitarbeiter ausschließlich in interne Probleme "verbuddeln" konnten, sondern eine gewisse Kapazität dem Stadtteil vorbehalten blieb. *)

Eine Optimierung der Ergebnisse vorbereitender und begleitender GWA kann erfolgen, wenn die Ganzheitlichkeit von Regionalisierungsplanung und ihrer Umsetzung erreicht ist.

Im übrigen soll die Bewertung des Erfolgs der 2-jährigen Projektarbeit, ihre Modifikationen im Hinblick auf weitere Vorhaben der Konvention derer überlassen werden, die in den Alsterdorfer Anstalten an Regionalisierungsvorhaben beteiligt sind oder sein werden.

*) Eine Befragung der Bewohner, wie gut sie den Stadtteil schon kennen, scheint zu bestätigen, daß die Bemühungen der Mitarbeiter in diesem Zusammenhang noch nicht ausgereicht haben. Eine "intrinsische" Motivation seitens der Bewohner/innen, ihre neue Lebenswelt zu erschließen, existiert (noch) nicht. Die Erwartungshaltung ist deutlich geprägt durch den Wunsch, von jemandem abgeholt oder begleitet zu werden (Forschungsplan sh. Anlage 2) Das Ergebnis dieser kleinen Untersuchung wird voraussichtlich im Februar 1988 vorliegen.

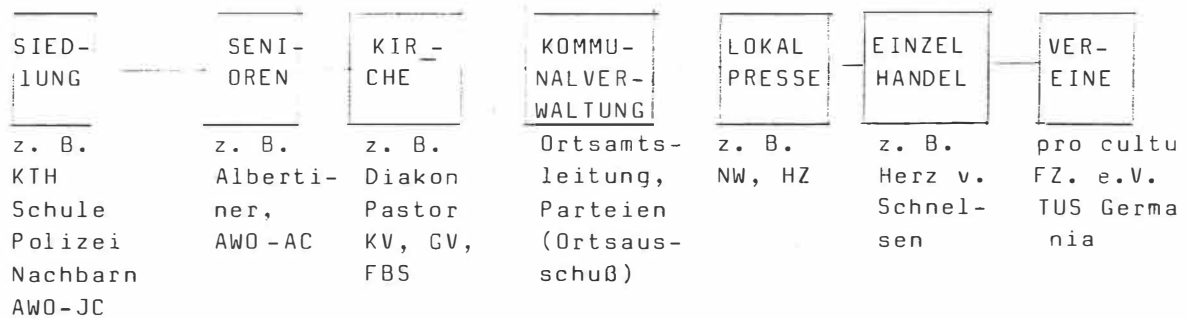
2. Das Projekt als Katalysator für den Normalisierungsprozeß im Stadtteil

Die mehr rezeptiv-analytische sozialdemographische Untersuchung des Stadtteils Schnelsen war nach ca. 8 Wochen in wesentlichen Punkten soweit geleistet, daß an bestimmten Fragestellungen handlungsorientiert weitergearbeitet werden konnte. (Vgl. Analyse des Ist-Zustands, 1. Zwischenbericht).

Der Prozeß der Annäherung an das Ziel "den Stadtteil integrationsfähig machen" (zur Erinnerung: allgemeines Ziel ist die Aufhebung der Entfremdung zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen) wurde in 3 Handlungsschritten eingeleitet: Information, Kooperation und Intervention.

Information

Die Erfahrungen mit der Zielgruppe, den Bewohnern des Stadtteils Schnelsen, insbesondere der Nachbarn (vgl. z. B. "Gespräche überm Gartenzaun, Anlage 3), die Informationen des einen über den anderen, erinnerten stark an "Tratsch im Treppenhaus", also einer Form des Umgangs miteinander übereinander, der sozial notwendig ist, aber viele verborgene und verdrängte Konflikte verrät. Die zentrale Frage zu diesem Zeitpunkt lautete, ob und wie die Schnelsener den Zuzug der "Neuen" in ihrem "Klatsch" verarbeiten würden. Meine Absicht war, diesen durch möglichst klare Informationen positiv zu steuern, und zwar durch die Auswahl möglichst angesehener Multiplikatoren (Schlüsselpersonen). Dadurch gelang eine erste Struktur-



Vertreter all dieser Gruppen wurden umfassend über das Wohnprojekt informiert. In dieser Phase habe ich auch ganz direkt nach möglichen

Konflikten, nach Schwierigkeiten innerhalb oder zwischen den einzelnen Bezugsgruppen gefragt.

Kooperation

Im weiteren Verlauf wurden sowohl eigene Anregungen eingebracht als auch die der einzelnen Gruppen aufgegriffen, wie die in der Informationsphase deutlich gewordenen Probleme noch im Vorfeld des Einzugs angepackt werden könnten. Im wesentlichen handelte es sich um die Bewältigung von Ängsten, Uninformiertheit oder fehlende Sensibilität, Gleichgültigkeit oder falsches Mitleid gegenüber behinderten Menschen. Schwierigkeiten im Umgang mit den geistig behinderten Menschen - darüber gab es große Übereinstimmung - würden alle die haben, die nicht durch die eigene Familie oder Freundschaft mit einer betroffenen Familie Erfahrungen hätten, und das wären wohl die meisten.

Die im 2. Zwischenbericht beschriebenen Veranstaltungen und Aktionen sind das Ergebnis eines beispiellosen "Ideenwettbewerbs" verschiedenster Gruppen und Personen im Stadtteil. Sie sind in einer etwas anderen Systematik (für die Vorbereitungen der NDR-Sendung) nochmals zusammengefaßt und liegen als Anlage 4 diesem Bericht bei.

Es ist trotz aller Aufzeichnungen schwierig wiederzugeben, was sich in den ersten beiden Phasen in den einzelnen Gruppierungen abgespielt hat. Wichtig war, daß der Einzelne Nähe oder Distanz zum Thema "behinderte Menschen bei uns" selber wählen konnte. Unterlagen allein der Seminarreihe (Anlage 5) bieten schon eine große Auswahl an Fragen für den Einzelnen, an denen qualifiziert und ernsthaft gearbeitet werden muß, und Seminarteilnehmer sind die Minderheit (aber i.d.R. eine engagierte Minderheit).

Das wesentliche Anliegen des Aufbaus kooperativer Strukturen besteht darin, Vertrauen und Gemeinsamkeit zwischen Menschen zu stiften, die es ihnen ermöglichen, eine bestimmte Aufgabe offen miteinander (anstatt in Konkurrenz zueinander) zu erfüllen. Eine solche Kooperation kann auch die soziale Verantwortung für den Nachbarn schärfen, die Unzulänglichkeit und Brüchigkeit der Beziehungen offenlegen.

Die Arbeit mit Gruppen im Stadtteil hat aber auch eine präventive Funktion: Probleme, die vorher erkannt und bekannt sind, können nicht hinterher einem "Sündenbock" in die Schuhe geschoben werden (wie anlässlich des Zuzugs der Bewohner in die Siedlung Spanische Furth geschehen. Sie mußten nicht nur für die begangenen Ladendiebstähle herhalten, sondern auch dafür, "daß der Flohmarkt nicht mehr so schön wie früher ist", "daß im Gehege soviel Hundedreck liegt", daß "es an der Haltestelle immer nach Urin riecht" usw.).

Intervention

Die durch die Kooperation eingeleitete Vernetzung machte sich zuerst dadurch bemerkbar, daß Familien mit behinderten Angehörigen sich über eine der genannten Bezugsgruppen oder direkt an mich wandten um - in erster Linie - ihr Interesse am entstehenden Wohnhaus als Wohnstätte für ihre Angehörigen zu bekunden. Dadurch kam mir besonders deutlich die Not der Familien mit schwer- und schwerstbehinderten Mitgliedern ins Bewußtsein.

Im Spätsommer 1986 begann ich mit einer familiensoziologischen Untersuchung, deren Schwerpunkt die Bedürfnisse und Wünsche der Familien in bezug auf Wohnraumplanung sind. Die Untersuchungsgruppe umfaßt 30 Familien, mit denen unterschiedlich intensiv zusammengearbeitet wurde. Mit allen wurde ein 2-4-stündiges, Tiefen-Interview geführt. (Die qualitative Auswertung der Protokolle ist einer geplanten Dissertation vorbehalten. Sie würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.)

Zur Methodik und Durchführung der Untersuchung vgl. Forschungsplan Kurzfassung, Anlage 6.) Die vorläufige Auswertung liegt bereits vor. Die im weiteren Verlauf der Untersuchung erzielten Ergebnisse haben zu folgenden Interventionen geführt:

- a) Beschaffung einer Zivi-Stelle für eine Familie mit einer schwerstbehinderten Tochter,
- b) Einbringen des Themas "Wie soll mein Kind später wohnen?" in die Arbeitsgemeinschaft "Eltern für Integration",
- c) Durchführung eines Seminars für Mitarbeiter des Sozialamts Lokstedt und betroffenen Familien seines Einzugsbereichs (Anlage 7).

d) Befassung der Stadtteilkonferenz Schnelsen mit der Frage, wie Kindertagesheime und ev. Kindergärten, Schule und soziale Dienste in Zukunft mit betroffenen Familien umgehen wollen

Ich rege darüber hinaus hiermit eine Planungsgruppe an, die aus betroffenen Familien und Vertretern der Stiftung Alsterdorf besteht. Es können nach meiner Einschätzung mit einer ganzen Reihe von Familien aus Schnelsen, Niendorf, Lokstedt, Groß-Borstel, Eidelstedt und Stellingen so verbindliche Absprachen getroffen werden, daß längerfristig kleinräumig auf den Bereich Eimsbüttel Nord bezogen, geplant werden kann.

Die Arbeit mit den betroffenen Familien belegen in eindrucksvoller Weise die Auswirkungen der psycho-sozialen Versorgungslücken und die Zersplitterung des Systems der Behindertenhilfe (vgl. Anlage 7).

Die Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen bei der Bündelung von Hilfen für betroffene Familien auf kommunaler Ebene ist z.B. über die Stadtteilkonferenz Schnelsen (SKS, Anlage 8) durch die Projektarbeit selbst mit geschaffen worden. Die konzeptionell vorgesehene "absichtsvolle, planmäßige Einflußnahme auf sozialpolitische Entwicklungen..." (Anlage 1) weist hier auch deutlich in die Richtung der Behindertenverbände. Da bisher von der LAG Hamburg noch kein Signal in Schnelsen aufgefangen wurde, obliegt es der SKS, von sich aus "zu intervenieren".

Die Sequentierung "Information - Kooperation - Intervention" kann wenn sie nicht zum Dogma erhoben wird - vorerst als verallgemeinerungsfähig für GWA-orientierte Projekte zur Regionalisierung betrachtet werden.

Die für Handlungsforschungsprozesse typische Veränderung von Untersuchungsgegenstand und Subjekt wird in einer Übersicht auf der folgenden Seite dargestellt.

3. Das Projekt als Verbindungsglied zwischen Stadtteil und Wohnhaus

Eine direkte Anbindung des Projekts an den Heimbereich Schnelsen war nicht gewollt und hätte unter den ungeklärten Verhältnissen zu Beginn 1986 wohl mit einiger Sicherheit zu großen Problemen geführt. Mit der Anbindung an die Zentrale Planung konnte zwar eine deutliche Distanz zu Heimleiter-Wechseln und Irritationen bei der Belegung und Mitarbeiter-Auswahl hergestellt werden. Damit war allerdings auch jeder Einfluß auf diesen Prozeß unmöglich. Die Projektarbeit war bis zum Richtfest im August 1986 ganz auf den Stadtteil verwiesen. Damit einher ging die Unverbindlichkeit und Folgelosigkeit aller Empfehlungen aus dem 1. Zwischenbericht, der nach 3 Monaten vorlag, die eine konzeptgebundene Belegung und Mitarbeiter-Auswahl nach deutlich inhaltlichen Kriterien erforderlich gemacht hätten. Die frühe Einbeziehung von Mitarbeiter/innen und zukünftigen Bewohner/innen in die Stadtteilarbeit fand daher nicht statt. Den Mitarbeitern vor Ort konnte in höchst bescheidenem Maße bei der Suche nach regelmäßigen Freizeitbeschäftigungen der dort bereits seit mehreren Jahren lebenden Bewohner/innen geholfen werden. Aktivitäten des Projekts wurden nicht abgestimmt.

Widerspruch
EP ohne
Einfluß

Der Wechsel der Heimleitungen Ende August markierte insoweit eine Wende, als er fast mit den ersten Veranstaltungen zusammenfiel, und der neue Heimleiter quasi automatisch am praktischen Beispiel miterlebte, welche Ergebnisse bis dahin die Arbeit im Stadtteil zeigte. Zeitweilige Verkürzungen, die Projektarbeit sei PR-Arbeit, waren unvermeidlich. Die "leisen" Aktivitäten blieben noch lange im Dunkeln, zumal mit fortschreitender Bautätigkeit der Zeitdruck für die Heimleitung und ihre Mitarbeiter so zunahm, daß die GWA erst einmal wieder "hinten runter" fiel.

Klammer zwischen Projekt und Haus waren in diesem Zeitraum:

- die genannten Veranstaltungen Herbst/Winter 1986/87,
- die laufende Untersuchung mit Familien behinderter Angehöriger, in die auch die "Neuaufnahmen" für das Wohnhaus in Schnelsen einbezogen wurden,
- die Teilnahme der Projektarbeiterin an Elterntreffen und Bewohnerzusammenkünften (letztere zum 1. Mal in der Adventszeit)
- die Begleitung einer projektorientierten MÜ-Semesterveranstaltung

Non-problem-approach
(vorseugend, präventiv)

problem-approach
(problemorientiert)

GWA

als Prozess

Auswertungsphase
- kritische

Vorphase

Informationsphase

Kooperationsphase

Interventionsphase

- des Einweizens einer WG in einen Stadtk (Gruppensozial)

- der Entwicklung einer Region (Kleinräumig über Stadtteile)

- sozial-kulturell
 - sozial-politisch
- zu Leseräumen mit geringer werdender Aussonderungstendenzen für behinderte Menschen

Sequenzen und ihre zentralen Fragen / Themen

Handwritten signature

Abgewandelte Fassung (für GWA, FRI/CA)
Schlüssel - Fassung derzeit nicht auffindbar

Wohin orientieren wir uns?
Was wissen wir schon?
Wer kommt mit?
Wie sind wir miteinander abgesichert?
Wann soll es losgehen?
Was muß vorher erklärt sein?

Daten die wir brechen
Schlüsselpersonen die uns etwas mehr sagen
Einrichtungen die eine Rolle spielen
Kontakte zur Fach- + sonstigen Öffentlichkeit
auch der internen C!

Teilnahme an geeigneten Treffen vor Schlüsselgruppen, Planung gemeinsamer Veranstaltungen
herausfinden wo die Initiative spielt
Geld, Geld, Geld
Ressourcen koordinieren
national
Einziges
eines Fachkom-

Interaktion z.B. von bestimmten Punkten + ihrer Familien bei der Durchsetzung ihrer Ziele
Titel der Problem
Ansprüche
Strukturierung + Engagement
geplant
Sozialab-
bau der in
m. l. n. - nicht klar

Welche Ergebnisse wollen wir mit wem + wie?
Wem muß von wem was wissen?
Mith wie auf dem richtigen Weg?
Welche nächsten Schritte wollen wir...

Zeichnung

im Rahmen derer 9 zukünftige Bewohner auf den Stadtteil vorbereitet wurden (Anlage 9)

Die Gründung der Stadtteilkonferenz im Januar 1987 (zu Vorgeschichte und Begründungszusammenhang vgl. 2. Zwischenbericht, S. 17 ff) brachte eine neue Struktur und - nebenbei - die Erkenntnis, daß BIP und das Wohnprojekt für Behinderte als zwei Einrichtungen gezählt wurden (Anlage 10).

Über und mit der Stadtteilkonferenz konnten jetzt verschiedene Aufgaben in Angriff genommen werden; die

- a) unser Haus endgültig zu einem integrierten Bestandteil der sozialen Infrastruktur machten (praktisch demonstriert durch die ständige Teilnahme der Projekt-, bzw. der Heimleitung,)
- b) konkrete Begegnungen zwischen den Bewohnern und unseren Nachbarn am vörn Brook/Spanische Furth ermöglichten, um Befürchtungen und Ängste abzubauen (praktisch demonstriert an der federführenden Ausrichtung des Stadtteilstests "Rund um den vörn Brook, und den "regen Verkehr" zwischen Kehre und Haus),
- c) den "institutionellen Blick" nicht nur unserer Einrichtung, sondern auch den der anderen überwinden, so daß gemeinsam an den Problemlagen der Menschen im Stadtteil gearbeitet werden kann (praktisch demonstriert an dem von uns gestellten Sondermittel-Antrag, dessen Bewilligung allen im Stadtteil tätigen Gruppen zugutekommt.)

Durch die Mitarbeit in der SKS wurden auch die "beiden" Projekte endgültig zu einem. Sie erfordert jedoch einen erheblichen Einsatz an Arbeitskraft, wenn die Institution SKS zu einer glaubwürdigen sozialpolitischen Kraft auf Gemeinde-Ebene werden will. Zwei Mitarbeiter sind schon wegen der Lösung von Vertretungsproblemen erforderlich, bei bestimmten Projekten (Vorbereitung von Straßenfesten, Basaren, Fachaussagen etc.) steigt der Bedarf entsprechend.

Der Ansatz, über die regelmäßige "Fortbildung am Arbeitsplatz" sowohl das Arbeitsprinzip GWA in der Mitarbeiterschaft zu verankern als auch Sach- und Fachthemen zu behandeln, die die tägliche

Organisation des Alltags übersteigen, blieb in der Anfangsveranstaltung "Mitarbeiter-Einführung" (Anlage 1) und der gerade erst begonnenen Praxisberatung der "Arbeitsgruppe Sport" stecken.

Vorrangig waren (nach Urlaubszeit und Freizeiten bis in den September hinein)

- die interne Organisation (Dienstpläne den ungewohnten Arbeitsbedingungen anpassen, Verwaltungsabläufe in den Griff bekommen, Grundlagen kollegialer Strukturen schaffen;
- die Eckpfeiler der pädagogischen Konzeption (Lösung der drängendsten Probleme mit den Eltern, Konkretisierung individueller pädagogischer Intervention, Beobachtung der Entwicklung sozialer Beziehungen unter den Bewohner/innen etc.).

Die lange Anlaufzeit nach Urlaub und Freizeiten war von der Projektleitung nicht hinreichend berücksichtigt worden, so daß fortbildnerisch wenig eingebracht werden konnte, denn das zugrundeliegende Fortbildungs-Konzept hätte die gemeinsame Themenfindung, Organisation und Durchführung bedeutet. So muß es hier bei der Auflistung der Themen bleiben, die aus Einzelgesprächen, Mitarbeiterbesprechungen usw. herausgefiltert wurden. Mögliche Kooperationspartner sind zugeordnet:

Themen/Zielgruppe

Fortbildner, Beratungs-team

Mitarbeiter/innen und ihr Selbstverständnis

Praxisberater/in, Supervisoren, mit denen einzelne gute Erfahrungen gemacht haben.

innere Organisation und Arbeitsteilung, Stadtteilarbeit, Beziehungen zur Zentrale

Heimleitung, Gastreferenten aus Alsterdorf (z.B. Buchhaltung, PR-Abteilung, Vorstandsmitglied; Sozialpäd. Fortbildung der BAJs (Anlage 13)

Elternarbeit (Prozeßbegleitung)

ev. Familienbildungsstätte Lokstedt

Agogische Intervention für bestimmte Bewohner

Erwachsenenbildung AA

4. Das Projekt als Widerspruch zu pathologischen Organisationsstrukturen

"Die Organisation "Alsterdorfer Anstalten" bindet einen zu großen Teil der Arbeitskraft ihrer Mitarbeiter/innen durch Arbeitsteilung (Reduktion von Komplexität) und Kontrolle (bürokratischer Herrschaftsanspruch). Sie steht dadurch in der Gefahr, die Organisationsziele (Optimale Erfüllung der Aufgaben = Effizienz und Selbsterhaltung) zu verfehlen."

Die empirische Grundlage für die o. a. Hypothese sind zahlreiche Beobachtungen und eigene Erfahrungen im Rahmen der Projektarbeit. Sie soll theorieabhängig (Türk: Grundlagen einer Pathologie der Organisation) und exemplarisch überprüft werden.

Mit oder ohne Kenntnis der einschlägigen organisations-soziologischen Befunde (vgl. auch Arbeitspapier S. Jürgensen : Theoretische Vorüberlegungen zu einer Soll-Struktur von Organisation) scheint mir das Beispiel anschaulich genug, den rein theoretischen Zugang zu überwinden.

Das Leiden von Menschen an Organisationssystemen ist kein personell-individuelles, sondern die Folge der Mißachtung der Selbstkontingenz von Organisations-, personalem und sozialen Bezugssystem innerhalb einer Organisation. Pathologische Verhältnisse entstehen auf dem Hintergrund eines (falschen) Bewußtseins von der "Naturhaftigkeit" von Dingen, die von Menschen selbst produziert wurden (z. B. Organisationen), und deren Bestand in unveränderter Form den wirklichen Erfordernissen (z. B. Optimaler Aufgabenerfüllung durch Nutzbarmachung aller kognitiver Ressourcen in Form von Kooperation) übergeordnet werden. Pathologische und damit gleichzeitig pathogene Grundmuster und ihre Erscheinungsformen sind im einzelnen:

	<u>Überstabilisierung</u>	<u>Übersteuerung</u>	<u>Überkomplizierung</u>
Erscheinungsform	Entfremdung Individuum/Organisation durch Umkehr Verhältnis Produzent/Produkt. Verselbständigung, Eigengesetzlichkeit bürokrat. Regelungen, Sachzwänge, Überidentifikation Vernichtung von	Einfältigkeit, Beschränktheit, Unterdrückung des personalen Systems durch Orga.-System, Minderung von Fähigkeitsvielfalt und Erfolgsgewißheit usw.	Strukturelle Überlastung, Widersprüchlichkeit, Ambivalenter Bürokraten-Spezialisten-Problem (Linien-Stabsfunktion), Legitimationsdruck usw.

BEISPIEL: DIE ENTWICKELUNG VON PSYCHISCHEN, SOZIALEN UND HERRSCHAFTSKOSTEN DURCH
PATHOLOGISCHE ORGANISATIONSSTRUKTUREN

SOLL-VERLAUF

ORGANISATIONSPATHOLOGISCHER VERLAUF

GEGENSTAND: ABWICKLUNG EINER BEZUSCHUSSUNG
AUS BEZIRKLICHEN SONDERMITTELN

Antragstellung und Begründung nach kommunalpolitischen Vorsondierungs-Gesprächen und Absprachen mit allen betroffenen Beteiligten im Stadtteil, im Wohnhaus Mönckemeyer und in Alsterdorf (Vorgesetzte). Unterschrift erfolgt wie üblich bei solchen Anträgen von Antragstellerin, d.h. durch Projektleitung. Der Antrag läuft über Ortsamtsleitung, Ortsausschuß an das Bezirksamt. Vor der befürwortenden Weiterleitung erfolgt Routineanfrage an Fachbehörde (RE), um Doppelfinanzierungen auszuschließen. Danach geht Antrag an Bezirksversammlung und wird positiv verabschiedet. Bisher wurden von keiner Seite irgendwelche rechtlichen Verpflichtungen eingegangen.

Bewilligung durch den Bezirk ist verbunden mit den Rechtsfolgen einer ordnungsgemäßen Abrechnung zweckgebundener Mittel, außerdem wird formal der Rechtsweg ausgeschlossen. Der Bewilligungsbescheid wird einem weitgehenden Unterschriftsberechtigten vorgelegt, das Verfahren abgestimmt und an die Projektleitung delegiert. Es erfolgen die bereits in der Antragstellung verbindlich festgelegten Einkäufe durch einfache Telefonate. Auftragsbestätigungen gehen zu den Unterlagen für den Verwendungsnachweis.

Abrechnung erfolgt auf dem entsprechenden Vordruck des Bezirksamts innerhalb der genannten Frist. Um diese einhalten zu können, schicken kooperierende Firmen Vorausrechnungen schon vor erfolgter Lieferung. Kopien an AA.

Sachbericht gehört zum Verwendungsnachweis und wird zu gegebener Zeit, d. h. nach Abschluß einer Maßnahme, eingereicht.

Ende des Verfahrens.

Antragstellung identisch mit Soll-Verlauf bis zur Routineanfrage an Fachbehörde. Von da an tatsächlicher Verlauf.

mit der
Statt sich auf die Frage nach der Doppelfinanzierung zu beschäftigen, interessiert den Vertreter der Fachbehörde die Unterschrift unter dem Antrag. Er sorgt sich, ist neugierig oder möchte einfach jemandem eins auswischen und ruft kurzentschlossen beim Vorstand AA an (es kann natürlich auch Herrschaftsinteresse dahinterstecken, aber das gibt es ja nur in Alsterdorf). Dabei vermittelt er (gezielt?) den Eindruck, der Vorstand AA wisse mal wieder nicht, was in seinem Laden läuft und bringt mindestens 3 Personen zum Rotieren. Die Folge ist, daß der Handlungsspielraum der Projektleitung (in wessen Interesse?) eingeschränkt wird. Der Bewilligungsbescheid erreicht die Projektleitung gerade so rechtzeitig, daß vor der Sommerpause alle Bestellungen getätigt werden können, um sicherzustellen, daß das benötigte Material rechtzeitig zu einem Stadtteilstfest verfügbar ist. Anlässlich der Vorlage des BB zur Unterschrift gibt es Krach mit dem Leiter der Einkaufsabteilung. Vorwurf an Projektleitung: Kompetenzüberschreitung. Eine Berechtigung "im Namen der AA Verträge zu schließen, liegt bei Ihnen nicht vor". Ein Sachbearbeiter der Einkaufsabteilung muß alle Bestellungen schriftlich nochmals tätigen, die Firmen müssen wiederum benachrichtigt werden, damit jetzt keine Doppel-Bestellungen passieren. Im Eifer der "ordnungsgemäßen" Abwicklung bleibt der BB eine Woche lang in Alsterdorf liegen, wird nicht - wie erforderlich - ans Bezirksamt geschickt, sondern zurück nach Schnelsen und muß am letzten Freitag vor Urlaubsausbruch zur Begeisterung des zuständigen Sachbearbeiters von der Projektleitung höchstpersönlich ins Bezirksamt Eimsbüttel gebracht werden.

Auch die simple Abrechnung wird dank der Alsterdorfer Strukturen zu einer höchst komplizierten Angelegenheit.

Gegenüberstellung von Kosten

Alle Rechnungen werden der Buchhaltung eingereicht. Eine (übliche) Trennung von Bezahlung der Rechnungen und Abrechnung mit der Behörde ist irgendwie hier nicht möglich oder als Möglichkeit nicht bekannt, so daß - weil tatsächlich noch Lieferungen ausstehen - beinahe die Frist für den Verwendungsnachweis überschritten wird. Durch die Rückfragen des Bezirksamts gerät die Mitarbeiterin der Buchhaltung, die mit dem ganzen Rest ja überhaupt nichts zu tun hatte und auch nicht durchschauen kann, welche Maßnahmen angemessen und effektiv sind, unter Druck. Diesen versucht sie nun an die Projektleitung weiterzugeben usw. usw.

<u>Zeitkosten:</u> (Arbeitsaufwand)	Vorarbeiten: ca. 16 Stunden Antragstellung: 2 Stunden "Einkauf": 1 Stunde Verwendungsnachweis: 2 Stunden	ca. 16 Stunden 4 Stunden (Verdoppelung durch Legitimationsdruck) 5 Stunden (Verfünffachung durch Beschränktheit) 6 Stunden (Verdreifachung durch Unterdrückung des personalen durch das Organisations-System)
<u>Herrschaftskosten:</u> keine	Mitarbeiter, die eigeninitiativ werden und "neue Wege" gehen, müssen sich den Zielen instrumenteller Dimension (Hier: Einhaltung von Regeln, Erhalt von Machtstrukturen) fügen. Durch so mißlingenden Strategie-Einsatz entstehen Aufwandserhöhungen, Leistungsrestriktion, Effizienzeinbußen.	
<u>Psychische Kosten:</u> keine	Durch die Anwesenheit pathologischer Grundmuster (Überstabilisierung, Übersteuerung, Überkomplizierung) hier besonders in Form von struktureller Rigidität und Repressivität entstehen Kosten für den psycho-hygienischen Haushalt der betroffenen Mitarbeiter, z. B. Frustration, Motivationsstörungen, Orientierungsverlust, Minderwertigkeitsgefühle, Angst vor Versagen.	
<u>Soziale Kosten:</u> keine	Die Interaktion zwischen Mitarbeitern, die an der Entstehung, bzw. der Bewältigung von Herrschaftskosten und psychischen Kosten beteiligt sind, wird hierdurch entscheidend geprägt. Es entstehen "apathische" oder "erratische" Arbeitsgruppen, soziale Verantwortung für das Wohlergehen des Anderen wird abgelehnt, "Solidarisierungen" gegen immer andere "äußere" Feinde, um das eigene brüchige System zu schützen (mal gegen Eltern, mal gegen die Behinderten, mal gegen den Vorstand etc.) "Falschheit" unter Konkurrenzdruck, Flucht in Scheinwelten (Gerüchteküche) sind die Folgen.	

Verglichen mit den leicht quantifizierbaren Zeitkosten sind Herrschafts-, psychische und soziale Kosten nur qualitativ zu erfassen, sie können also nicht nach Beendigung eines Vorgangs einfach "abgerechnet" werden, ihre Verursachung läßt sich nur anhand der offensichtlichen Folgen rekonstruieren, die in Beziehung zu bestimmten Vorgängen gesetzt werden.

Das o. a. Beispiel ist durchaus geeignet, danach zu fragen, ob Mitarbeiter/innen mit selbständiger Entscheidungsfähigkeit außer in Führungspositionen eigentlich gewünscht werden. Wenn ja, dann muß die zutage getretene Steuerung als "heimliche Methode" erkannt werden, die das eigentlich Ziel unterläuft. Hier werden Mitarbeiter/innen "erzogen", die in infantiler Abhängigkeit sich schließlich derart mit dem hierarchischen System identifizieren, daß sie für die Erfüllung der Aufgaben, die Autonomie und Kompetenz erfordern, nicht mehr zur Verfügung stehen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für "starke" Mitarbeiter/innen, sich diesem Prozeß zu entziehen oder "den Spieß umzudrehen". Die Folgen für die Organisationsziele sind in jedem Fall katastrophal (vgl. hierzu Kunstreich 1975, S. 174 ff.).

Die Projektarbeit sollte entschieden auch dem Erhalt der Organisation dienen: die Alsterdorfer Anstalten werden sich erhalten, wenn sie ihre Existenzberechtigung für ihre primäre Zielgruppe "behinderte Menschen" plus die sekundäre Zielgruppe "nicht behinderte Menschen" = Gesellschaft nachweisen können. Dieses wird nur gelingen, wenn der strukturelle gesellschaftliche Wandel von der Organisation nicht nur nachvollzogen, sondern aktiv im Interesse der primären Zielgruppe vorangetrieben wird. Die Haupt-Zielrichtung gesellschaftlicher Entwicklung ist die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Bürokratische Strukturen gilt es zu überwinden.

Bürokratische Herrschaft und Kontrolle sind nicht identisch mit dem Organisationsziel "Selbsterhalt". Sie garantieren auch nicht "Effizienz", sondern sind durch pathologische und pathogene Grundmuster, die sie hervorbringen, dazu geeignet, beides gleichermaßen zu gefährden.

Gerade vor dem Hintergrund sich verändernder Qualifikations-Anforderungen im sozialen Dienstleistungsbereich der Behindertenhilfe, wäre es verkürzt, bei der Untersuchung des personalen und sozialen Systems der Organisation stehenzubleiben.

5. Das Projekt als Bestandteil des Normalisierungsprozesses
in den Bereichen Jugendhilfe, Schule und Weiterbildung

Eine unreflektierte Verwendung des Normalisierungsbegriffs verbietet sich in der Behindertenhilfe schon wegen der vorfindbaren, empirischen "Normalität".

positive
Werte
(Lorenz)

- Normal ist es in unserer Gesellschaft u. a., den Wert eines Menschen danach zu bestimmen, was er leistet, und ihm danach seinen Platz in der Gemeinschaft zuzuweisen.
- Normal ist, daß ein Menschenleben da an Wert verliert, wo durch seinen Schutz der Profit (Arbeitsschutz, Umweltschutz) minimiert wird oder Herrschaftsinteressen in Kriegen ihre Opfer fordern.

Eine solche "Normalität" ist nicht nur behindertenfeindlich. Sie richtet sich gegen jeden einzelnen Menschen. Normalisierende Behindertenhilfe umfaßt also Gesellschaftskritik und wird möglicherweise ohne die oder im Konflikt mit denen auskommen müssen, "die heute die harmlose Formel vom Leben so normal wie möglich im Munde führen und gleichzeitig eine Politik betreiben, die die Marginalisierung und Verarmung breiter gesellschaftlicher Gruppen billigend in Kauf nimmt" (Richter, Schiemann. In: Runde 1986, S. 370).

Die Projektarbeit setzte u. a. dort an, wo es darum ging, behinderte Menschen nicht schutzlos den bestehenden gesellschaftlichen Normen auszuliefern, sie aber trotzdem nicht (mehr) dem zweifelhaften Schutz des Anstaltslebens zu überlassen. Für die neue Wohnumwelt, die nunmehr Teil der Lebenswelt für 34 geistig behinderte Erwachsene ist, bedeutete dieses, daß sie sich der Auseinandersetzung mit der Existenz andersartiger, behinderter Menschen nicht mehr vollständig entziehen konnte. Ein ganz wesentliches Anliegen der Projektarbeit war es, diesen für manchen schmerzhaften Abschied von einem eingegengten Normalitätsbegriff positiv zu stützen und zu steuern, so daß statt der Klage "über diese Zumutung" und die dahintersteckende Angst mit all ihren unkalkulierbaren Folgen Aufmerksamkeit, Interesse und das deutliche Gefühl, etwas zu gewinnen, dominierte. Mit behinderten Menschen Tür an Tür zu wohnen, ist schon ein Stück Normalisierung. Es wird umso mehr zur Norma-

lität, desto erfolgreicher auch andere Teilbereiche (Jugendhilfe, Bildungssystem, Arbeit, Kultur, Freizeit und Öffentlichkeit) die Separierung behinderter Menschen aufgeben zu fordern. Die Stoßrichtung normalisierender Behindertenhilfe ist daher jeder einzelne dieser Teilbereiche.

Beispiel Elementarerziehung (Jugendhilfe)

Ab August 1988 will die "Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime e. V." durch die Einrichtung von Integrationsgruppen in den Städtischen Kindertagesheimen (KTH) mit der Auflösung der Sondereinrichtungen (STH) beginnen. Dieses kann aus der Sicht normalisierender Behindertenhilfe nur begrüßt werden, denn die STHs müssen in enger Koalition mit den Institutionen zur Frühförderung wohl als die bedeutendsten "Vorsortier-Einrichtungen" behinderter und nicht Kinder in Sonderschulen und spezielle Sonderschulen gesehen werden. Die pädagogisch-politische Fragwürdigkeit der STHs ist inzwischen evident. Die Argumente einer "besseren Förderung" oder der Notwendigkeit eines "Schonraums" werden als zutiefst zynisch bewertet, weil sie eine schlechtere Förderung und das Gegenteil von Schonraum für die anderen kleinen 3 - 6 Jährigen in Kauf nehmen.

Die Kritik am Konzept des Amtes für Jugend richtet sich in erster Linie gegen die sog. Eckdaten, die Gruppengröße, Relation Kinder/ Erzieher, behinderte/nicht behinderte Kinder festschreibt, das gesamte Vorhaben kann aber auch noch an tarifvertraglichen Auseinandersetzungen (unterschiedliche Eingruppierung von KTH und STH-Mitarbeiterinnen) scheitern.

Ein Teil dieser Kritik läßt sich relativieren, denn die Gruppen in den KTHs der Vereinigung werden durch die Integration der behinderten Kinder objektiv kleiner, und es werden zusätzliche Stellen für Erzieherinnen in erheblicher Anzahl () geschaffen. Bestehen bleibt der Einwand, daß Gruppen von 20 kleinen Kindern unzumutbar sind, und in dieser allgemeinen Form kann jedefrau nur zustimmen, die mit kleinen Kindern über längere Zeit gearbeitet hat und dabei institutionellen Bedingungen wie in der "Vereinigung" unterworfen war.

Ich wage die Hypothese, daß unter derartigen Bedingungen auch eine Kindergruppe von 10 die Beschäftigung der Mitarbeiter/innen miteinander stören würde. Verwiesen werden soll in diesem Zusammenhang auf Abschnitt 3 des vorliegenden Berichts: es sind die gleichen pathologischen Strukturen, die hier auf der Interaktionsebene durchschlagen und auch das Nachdenken über veränderte pädagogische Inhalte und Methoden blockieren.

Anfang 1988 wurde ich wegen meiner langjährigen Zusammenarbeit mit der sozialpädagogischen Fortbildung des Amtes für Jugend und der einjährigen integrativen Fortbildung, die ich im Rahmen von F.I.P.S. für die KTH/STH Kandinskyallee angeboten hatte (Handlungsorientierte Frühförderung, kooperative Pädagogik), in die Arbeitsgruppe berufen, die für die Vorbereitung der Heimleitungen auf integrative Gruppen in ihren Häusern zuständig ist. Inzwischen konnten Seminarkonzepte realisiert werden, die dem Regionalisierungs- und Normalisierungsgrundsatz stark Rechnung tragen, die Interessen von behinderten Kindern und ihrer Familien mehr als bisher berücksichtigen und auch die Nachbarschaft eines KTH z. B. zu einem Wohnhaus, in dem behinderte Erwachsene wohnen, thematisieren.

Die Erfahrungen mit den Heimleitungen, den Verantwortlichen der Abteilung Fortbildung im Amt für Jugend und einigen Mitgliedern der AG "Zusatzausbildung für Erzieherinnen in Integrationsgruppen"; die Kenntnis der Nöte betroffener Familien, aber auch die Erfolge einer veränderten, gemeinwesenorientierten Institution Kindergarten lassen für mich nur eine Konsequenz zu: Die gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Hamburger Kindertagesheimen und Kindergärten, nicht nur der "Vereinigung", sondern auch der kirchlichen und anderen freien Träger darf nicht scheitern. Ein Scheitern hätte fatale Signalwirkung auf die gerade mit "Modellgruppen" begonnene Bewegung in den Schulen, den z. T. abgeschlossenen, z. T. geplanten Übergängen in die Sekundarstufe I und die Bearbeitung der Frage, was nach der Schule kommen kann. Ein Scheitern würde außerdem die Initiative der Eltern zurückwerfen, die gerade dabei sind, die ihnen zugeschriebene mangelnde

Politikfähigkeit (bestehend aus Organisations- und Konfliktfähigkeit (vgl. Offe 1971, zit. n. Breuer, in: Heinze/Runde 1982) in der Arbeitsgemeinschaft Eltern für Integration, Bundarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen zu überwinden.

Gleichwohl ist festzustellen, daß die Vorstellungen von einer flächendeckenden Lösung mit dem Kindergartenbedarfsplan und den (vorläufig) zurückgezogenen Sparbeschlüssen im Jugendhilfe-Bereich im Nacken auf der Umsetzungsebene einer Korrektur bedürfen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die von Vertretern des Diakonischen Werks auf öffentlichen Veranstaltungen geübte Kritik aus der Sicht der freien Träger eine realistische Alternative, die nicht die Perpetuierung des status quo bedeutet, vermissen läßt.

Auf Gemeinde-Ebene (in Schnelsen) gibt es außer den Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft "von Behinderung bedroht" sind oder trotz diagnostizierter Sprach-Entwicklungsverzögerung keinen Platz in einem STH gefunden haben, keine behinderten Kinder in den beiden Einrichtungen der "Vereinigung" und den ebenfalls 2 Einrichtungen der ev. Kirche. In den Grundschulen (3) zählte ich 1 einziges, an den Rollstuhl gebundenes 8-jähriges Mädchen. Drei geistig behinderte Grundschul Kinder (Morbus Down) gehen zur SOG Lokstedter Damm, vier 15-jährige geistig behinderte Jungen ebenfalls, ein 11-jähriges Mädchen fährt gar zur Christopherus-Schule nach Bergstedt. Ein schwer behinderter Junge aus Niendorf besucht eine Integrationsklasse in Langenhorn. Mit Schülern aus der Siedlung Spanische Furth platzt die Förderschule Bindfeldweg halbwegs aus den Nähten. Besonders schwer haben es hier (wie überall sonst auch in den Förderschulen) die wirklichen Slow-Learners gegenüber den Kindern mit schweren Verhaltensstörungen. Die Julius-Leber-Gesamtschule ist zwar prinzipiell offen und bauseits auf körperbehinderte Kinder vorbereitet. Die anderweitige Verteilung durch die Existenz von Förderschule und SOG ergibt jedoch eine weitestgehend unbehinderte Schülerschaft, die allerdings zu rd. 20 % aus gescheiterten "Schulkarrieristen" aus dem Umland Schleswig-Holstein besteht.

Die kombinierte Hauswirtschafts- und Berufsschule am Garstedter Weg in Niendorf bezieht ihre Klientel überwiegend aus den Trainingsbereichen der WFBs, demnächst auch aus Alsterdorf. Dort sind integrative Modelle und Alternativen zur jetzigen Berufs- und Weiterbildung in erstaunlicher Weise durchdacht. Es fehlt an Bündnispartnern bei der Umsetzung in das Arbeitsleben.

Eine Bestandsaufnahme "soziale Integration durch Weiterbildung" in Hamburg führte unter Mitwirkung von Prof. U. Bleidick und Prof. E. Schuchardt (zeitweise) zu einer eindrucksvollen Defizitbeschreibung. Tätig werden in erster Linie die Behindertenverbände. Es handelt sich dann um "geschlossene" Veranstaltungen für behinderte Menschen, die thematisch von Alphabetisierungs- und Fremdsprachenkursen bis zur Schulung an Computern alles im Bereich der Verbesserung intellektueller Fähigkeiten umfassen.

Etwas anders stellt sich die Situation dort dar, wo Weiterbildungsangebote mehr als Anlaß für soziale Begegnung von behinderten und nicht behinderten Menschen genutzt werden. Gerade in diesem Bereich lernen die Beteiligten jedoch zunächst, daß es Anstrengungen auf beiden Seiten bedarf, wirkliche "Schritte aufeinander zu" zu tun. Die didaktisch-methodischen wie sozialen Probleme, die bestehende Integrations-Sportgruppen, Tanz- und Theatergruppen hier schon zutage förderten, sind ohne viel Mühe auf andere Bereiche übertragbar.

5. Das Projekt als Grundlage für weitere Regionalisierungsvorhaben

Die territorialen Schwerpunkte der Regionalisierungsplanungen sind z. T. gesetzt, planerische Erfordernisse (z. B. "heterogene Bevölkerungsstruktur", "intakte Nachbarschaft", "vielseitiges, aber überschaubares Angebot von Konsum- und Dienstleistungen", "günstige Verkehrslage", "ruhige Wohnlage" formuliert. Da die Standortwahl für Wohngruppen und Wohnhäuser aber öfter als bisher angenommen auf der Grundlage ganz anderer Kriterien (z. B. testamentarische Verfügungen, Schenkungen, Verfügbarkeit von Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt u. a.) getroffen werden muß, wird sich in vielen Fällen - wie z. B. in Schnelsen - herausstellen, daß keines der o. a. genannten Erfordernisse uneingeschränkt vorhanden ist. Allzu starres Festhalten an den planerischen Vorgaben würde im Ernstfall dazu führen, daß sich die Anzahl der geeigneten Stadtteile in Hamburg so reduziert, daß wir "kleine Alsterdörfer" in einigen wenigen Regionen hätten. Wir würden dann da einziehen wollen, wo alle wohnen möchten (bevorzugte Wohngebiete). Da daran sicher nicht gedacht ist, schlage ich vor, ganz im Sinne der gemachten Erfahrungen von der prinzipiellen Veränderbarkeit von Menschen geschaffener Strukturen auszugehen und grundsätzlich alle als Wohngebiet ausgewiesenen Flächen der Stadt Hamburg als geeignet anzusehen, geistig behinderte Menschen (wieder) aufzunehmen.

Da eine Garantie für gelingende soziale Prozesse zwischen behinderten und nicht behinderten Mitgliedern eines Gemeinwesens auch im Idealfall (also wenn z. B. alle o. a. genannten Erfordernisse erfüllt wären) nicht abgegeben werden kann, halte ich es für sinnvoll, die Untersuchung eines Stadtteils durch GWA (Information, Kooperation, Intervention) in Beziehung zu setzen

- a) zu den behinderten Menschen, ihren Familien, ihrer "Heimat", und ihren Betreuern, die dort einziehen wollen (also nicht zu "Behinderten" oder "Mitarbeitern" allgemein);
- b) zu den Organisations-Strukturen, die für das Management der regionalisierten Einheiten erforderlich wären;
- c) zu den übergreifenden sozialpolitischen Entwicklungen und den möglichen Auswirkungen auf den "Standort".

Ein solches Vorgehen würde zum einen die durchaus reale Gefahr verringern, der GWA mit einem "Überanspruchdenken" die allumfassende Bedeutung für soziale Integration zuzumessen und die Lebenszusammenhänge der Menschen, die ja nicht nur aus der Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen bestehen, zu vernachlässigen.

Andererseits bezieht es die Erfahrungen der abgeschlossenen Projektarbeit ein: Danach sind nicht die vorgefundenen Strukturen entscheidend für einen Normalisierungs- und Integrationsprozeß, sondern die Steuerung sozialer Prozesse zur Veränderung dieser Strukturen. Die soziale Infrastruktur eines Stadtteils ist nur über funktionale GWA zu erfassen, die reine Addition sozialer Einrichtungen sagt noch überhaupt nichts über den Grad der Vernetzung im Interesse der Betroffenen aus. Betroffen von Isolation, Marginalisierung und Armut sind nicht nur behinderte Menschen. Die Sensibilität für die Nöte der "Anderen", das Engagement für die Verbesserung der Lebensbedingungen auch anderer "sozialer Randgruppen" haben uns in Schnelsen die Möglichkeit eröffnet, katalysatorisch kooperative Prozesse zwischen einzelnen Gruppen und Einrichtungen auszulösen und soziale Beziehungen zu verbessern. Das ist eigentlich die wichtigste Erfahrung aus der Projektarbeit, die sowohl für die Weiterarbeit in Schnelsen als auch für weitere Vorhaben verwertbar ist.

1. Literaturhinweise

- Breuer, Rolf: Die politische Bedeutung freier Vereinigungen und Verbände im Behindertenbereich. In: Heinze, R./Runde, P.: Lebensbedingungen Behinderter im Sozialstaat. Opladen (Westdeutscher Verlag) 1982, S. 298 ff.
- Boulet/Krauss/Oelschlägel: Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld (AJZ-Druck und Verlag) 1980
- Konzept-AG/Planungsstab (S. Jürgensen): Organisations-Struktur. Theoretische Vorüberlegungen zu einer Soll-Struktur von Organisation. Hamburg (unveröffentl.) 1981
- Kunstreich, Timm: Der institutionalisierte Konflikt. Offenbach (Verlag 2000) 1975
- Richter, St./Schiemann, U.: Normalisierungsbestrebungen für behinderte Menschen im Wohnbereich am Beispiel der Region Hamburg. In: Runde, P.: Zukunft der Rehabilitation. Hamburger Buchwerkstatt 1986
- Treeß, H.: Regionalisierungsprojekt Schnelsen. 1. und 2. Zwischenbericht Hamburg (unveröffentl.) 1986
- Türk, Klaus: Grundlagen einer Pathologie der Organisation. Stuttgart (enke verlag)1976